



Worteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insektionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petit-Druck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 376. Mittag-Ausgabe.

Fünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 14. August 1869.

Deutschland.

Berlin, 13. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Lieutenant v. D. Freiherrn von Seyr-Schweppenburg, zuletzt General-Major und Commandeur der 14. Cavallerie-Brigade, das Kreuz der Komture des königlichen Hausordens von Hohenzollern; ferner den Appellationsgerichts-Vize-Präsidenten Welter in Paderborn und von Brauchitsch in Stettin den Charakter als Geheimer Ober-Justiz-Rath mit dem Range der Räte zweiter Klasse; dem Advocat-Anwalt, Justiz-Rath Koenen in Aachen den Charakter als Geheimer Justiz-Rath; und dem praktischen Arzt Dr. Fröhlich in Beuthen a. D. den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Kreisrichter Schulze in Cistrin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Erfurt und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg a. S. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sommerda ernannt worden. — Bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten sind ernannt worden: der Geheime Kanzlei-Secretär Johann Friedrich Heinrich Herr und der Geheime Registratur-Assistent Karl Hugo Ferdinand Schirmer zu Geheimen Registratoren und Journalisten, der Kanzlei-Hilfsarbeiter Otto Reetz zum Geheimen Kanzlei-Secretär.

Berlin, 13. August. [Bei Sr. Majestät dem Könige] fand gestern auf dem Schlosse in Wiesbaden, wie von dort telegraphisch gemeldet wird, ein größeres Diner statt, zu welchem die daselbst anwesenden hohen Militärs, sowie die Präsidenten und Räte der dortigen Regierung und des Appellations-Gerichts Einladungen erhalten hatten.

Berlin, 13. August. [Aus den jetzt im Druck erscheinenden Kreisynodalberichten von Berlin] ist als interessant zu vermerken, daß in dem letzten Jahre durchschnittlich auf je 10 Trauungen schon eine Scheidung kam und daß nahezu einem Drittel der getrauten Bräute das Tragen des Kranzes bei der Trauung vom Geistlichen verweigert wurde. Der Besuch der Kirchen seitens Erwachsener ist in stetiger Abnahme begriffen und bezieht sich durchschnittlich auf etwa 4 pCt. der kirchenbesuchsfähigen Gemeindeglieder. Erheblich zugenommen hat dagegen der (mittels Communalzuschusses bewirkte) Besuch des Kindergottesdienstes. Die Zahl der Abendmahltheilnehmer variirte zwischen 3 im mindesten und 30 pCt. im günstigsten Falle bei den verschiedenen Gemeinden und von erwachsenen Personen erfuhr im Durchschnitt etwa 20 pCt., also der fünfte Theil, eine kirchliche Leichenbegleitung. — Als eine eigenthümliche Erscheinung ist hierbei die Thatsache hervorzuheben, daß der kirchliche Sinn in demselben Maße schwächer zu werden scheint, in welchem der Wohnsitz der bezüglich Gemeinde vom Mittelpunkt der Stadt sich entfernt.

[Aufhebung der Mauererinnung.] Auf Antrag von 60 Innungs-Meistern war zum Donnerstag eine Verammlung der sämtlichen Mitglieder der Mauererinnung nach dem Saale des Handwerkervereins durch den Obermeister Herrn Borey einberufen, um über die Auflösung der Innung und die Verwendung ihres Vermögens zu beschließen. Im Beisein eines Magistrats-Deputirten resolvirten die Versammelten die sofortige Auflösung der Mauererinnung und genehmigten, nach den Anträgen der Herren Schmidt und Adler, die Ueberweisung des Vermögens der Innungslade, Postale, Antiquitäten u. dgl. an das hiesige Gewerbemuseum. — Durch die beschlossene Auflösung fällt die bisherige Beitragsverpflichtung der Meister zu der Gesellen-Krankenkasse. Wie wir hören, steht die Vereinigung der früheren Jungstossen zu einer „Baugesellschaft“ in Aussicht.

[Das Jagd-Polizeigesetz.] Das in der letzten Session des preussischen Landtages dem Herrenhause vorgelegte und von diesem mit einigen wesentlichen Änderungen angenommene Allgemeine Jagd-Polizeigesetz, das im Abgeordnetenhaus zwar in der Commission in Beratung genommen, aber nicht mehr vor das Plenum des Hauses gelangte, ist, wie wir erfahren, gegenwärtig im Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten einer abermaligen Umarbeitung unterworfen worden und hierbei den Ansichten der beiden Häuser des Landtages Rechnung getragen. In dieser veränderten Form wird der Gesetz-Entwurf dem nächsten Landtage zur nochmaligen Beratung vorgelegt werden.

[Die Lagen der „Sächs. Zeitung“.] Das bereits telegr. gemeldete Dementi des „Staatsanz.“ lautet wörtlich wie folgt: Die „Sächsische Zeitung“ vom 6. d. M. veröffentlicht einen Brief, welchen Se. Majestät der König unter dem 1. Juni 1866 an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich gerichtet, sowie das Antwortschreiben, welches Allerhöchstdieser darauf an des Königs Majestät gesendet haben sollte.

Es widerspricht uns stets, ein Blatt, wie die „Sächsische Zeitung“, einer Widerlegung zu würdigen, und nur der Umstand, daß dieselbe diesmal in ihre frühe Erfindungen die Allerhöchste Person Sr. Majestät des Königs hineinzieht, veranlaßt uns, eine Ausnahme zu machen und zu erklären:

daß Briefe derartigen Inhalts, wie sie von dem genannten Blatte mitgetheilt werden, zwischen den beiden Souveränen nie gewechselt sind;

daß in den letzten Wochen und Monaten vor dem Kriege von 1866 überhaupt kein persönlicher Briefwechsel zwischen Ihnen stattgefunden hat und

daß die ganze Tendenz eines gemeinsamen Angriffs auf Frankreich, welche in jene Fälschungen hineingelegt ist, zu keiner Zeit von Preußen, auch von Oesterreich nicht, nach dem Jahre 1859 vertreten worden ist.

Diese Mittheilungen des genannten Blattes sind eine plumpe Lüge, würdig der Vollmachtgeber der „Sächsischen Zeitung“, und enthalten nicht einen Schatten von Wahrheit.

[Das Glaubensbekenntniß und die Staatsbürgerrechte.] Nach der preussischen Verfassung und der Verfassung des Norddeutschen Bundes ist die Ausübung der bürgerlichen und Staatsbürgerrechte nicht vom Glaubensbekenntnisse abhängig. In der Provinz Preußen verfahren mittlerweile Behörden so, als sei diese Verfassungsbestimmung für jene Provinz nicht maßgebend. In Marienwerder war der Stadtverordnete Seligsohn zum Deputirten für den Provinziallandtag gewählt worden. Das Oberpräsidium hat jedoch die Wahlen für nichtig erklärt, weil die in dem Wahlreglement enthaltenen confessionellen Beschränkungen, obgleich später gesetzlich aufgehoben, dennoch als in Geltung angesehen und für die Wahlen maßgebend proclamirt worden sind, und die schleunigste Beseitigung anderer Wahlen angeordnet, welche vorgestern Seitens der Stadtverordneten bewirkt wurden. Der Landrath des Kreises Pr. Stargardt dehnt diese confessionelle Beschränkung sogar auf die Schiedsmannswahlen aus. Derselbe erläßt in Nr. 32 des dortigen Kreisblattes unterm 28. Juli c. eine Bekanntmachung in Betreff der Wahl eines Schiedsmannes für Sturz, in welcher es heißt: „Es sind von den Ortsvorständen zum 9. September c. alle zur Wahl berechtigten Bewohner der betr. Ortsgemeinden, nämlich sämtliche Grundbesitzer christlicher Religion und unbefehltenen Rufes u. dgl. vorgeladen.“

[Vorlagen für den Landtag.] Im Ministerium des Innern finden nach der „Zeidl. Corr.“ täglich mehrstündige Conferenzen statt, um die Vorlagen für den nächsten Landtag so zeitig vorzubereiten, daß sie demselben gleich bei seinem Zusammentritt zugehen können.

[Post-Sparkassen.] Wie es scheint, geht man diesseits mit der Absicht um, die Post-Sparkassen nach englischem Muster auch bei uns einzuführen. Wenigstens soll sich das Bundeskanzler-Amt und die General-Post-Direction eingehend mit dieser Frage beschäftigen.

[Sistrungen.] Heute früh sind, wie man der „Zeidl. Corr.“ mittheilt, vier Mitglieder des demokratischen Arbeiter-Vereins von der Criminal-Polizei festgesetzt, weil in der letzten Vereins-Versammlung Majestäts-Beleidigungen und aufrührerische Reden gefallen sein sollen. Die „Zst.“ bringt über dieselbe Angelegenheit folgende Notiz: „Am letzten Dienstag hielt der Lehrer Kwasiłowski im demokratischen Arbeiter-Verein einen Vortrag über französische Zustände. Bei dieser Gelegenheit sprach auch unser Mitarbeiter D. Wenzel einige Worte. Beide sind heute morgen verhaftet worden. Letzterer ist Nachmittags 2 Uhr ohne Verhör und ohne über den Grund der Verhaftung etwas erfahren zu haben, wieder entlassen worden.“

B. K. B. [Klosterberichte.] Wie wir aus sicherer Quelle hören, hat Se. Majestät der König in Folge der Ereignisse auf kirchlich-katholischem Gebiete, welche sich in Berlin und neuerdings auch in Düsseldorf zugetragen haben, durch das Geheime Civil-Cabinet Bericht eingefordert, sowohl von dem hiesigen Polizei-Präsidenten über die Vorgänge, welche sich bei der mehr erwähnten Einweihungsfeierlichkeit des Klosters in Moabit und den in den darauf folgenden Tagen angeblich stattgehabten Störungen vor dem Kloster, als auch von dem Polizeidirectorium zu Düsseldorf über die Ereignisse, welche in dem dortigen Dominikaner-Kloster vorgekommen und den Erlaß eines Steckbriefes hinter dem Pater Cuchem (l. unten) zur Folge gehabt haben.

[Das Dominikanerkloster in Moabit.] Das unliebsame Aufsehen, welches der zuerst von der „Nordd. Allg. Z.“ veröffentlichte Bericht über die Einweihung des Dominikanerklosters zu Moabit verursacht hat, ruft eine Reclamation nach der anderen gegen die in jenem Bericht gemeldete Theilnahme an der Feier hervor. Nachdem das Polizeipräsidium und die städtischen Behörden kundgegeben haben, daß sie dem Einweihungsacte vollständig fremd geblieben sind, wird jetzt der „Vossischen Z.“ von „zuverlässiger Seite“ mitgetheilt, daß auch der Director der katholischen Abtheilung des Cultusministeriums, Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Kräpzig, der Einweihung des neuen Klosters nicht beigewohnt und an der Procession nicht Theil genommen hat. Vergebens ist jedoch bis jetzt darauf gewartet worden, daß auch der geistliche Rath Müller den Bericht über seine Rede berichtigen resp. dieselbe, wie er sie wirklich gehalten, dem Druck übergeben werde.

[Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] sind gestern Abend in Potsdam wieder eingetroffen.

[Empfang.] Wie die „Kobl. Ztg.“ meldet, wurde der Bischof von Bombay von dem Könige in Gmß und von der Königin in Koblenz empfangen. Gleichzeitig hat der König dem (jetzt nach England abgereisten) Bischof ein Gemälde zum persönlichen Andenken und außerdem einen ansehnlichen Geldbetrag für das Collegium der Deutschen unter den Indiern zukommen lassen.

Düsseldorf, 11. August. [Ueber den neuen Klosterkandal] schreibt der Correspondent der „Rhein. Ztg.“: Da ich noch nirgends einen näheren Bericht über die Geschichte im hiesigen Dominikanerkloster, welche die Kunde durch alle Blätter macht, gefunden, so will ich Ihnen den Sachverhalt, aus guter Quelle geschöpft, so treu als möglich mittheilen. Es handelt sich allerdings um ein Verbrechen gegen die Sittlichkeit, welches ein Dominikanermonch an Kindern unter 14 Jahren, und sogar im Kloster selbst, begangen haben soll, und, wie man heute wohl sagen darf, begangen hat. Der Pater Jordanus Cuchem im hiesigen Dominikanerkloster stand in dem dringenden Verdachte, mit 5 Mädchen im Alter von 5 bis 7 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Es giebt hier nämlich unbegreiflicher Weise Eltern, welche es dulden, daß ihre Kinder in das Kloster gehen, um sich von den Patres Heiligenbilder oder dergleichen schenken zu lassen; bei solchen Gelegenheiten sollen die unzüchtigen Handlungen begangen sein. Die Kinder hatten einem gleichalterigen Knaben erzählt, was ihnen widerfahren, dieser hatte es zu Hause weiter erzählt, und der Vater hatte die Sache zur Anzeige gebracht. Die vorläufigen Untersuchungen ließen keinen Zweifel darüber, daß hier ein Verbrechen vorliege; die Staatsbehörde beschloß daher einzuschreiten.

Der Oberprocurator Bierhaus und der Untersuchungsrichter Bernards begaben sich am 7. d. Mts. in das Dominikaner-Kloster, um die Kinder mit den Patres und den sonstigen Insassen zu confrontiren und den Thäter im sonstigen Falle der Recognoscirung sofort in Sicherheit zu bringen. Das erforderliche Polizei-Personal war natürlich requirirt worden, die Vorbereitungen dazu mochten aber wohl zu lange gedauert haben, oder auch nicht mit der nöthigen Verschwiegenheit betrieben worden sein: genug, als die genannten Beamten in dem Kloster ankommen, war Pater Jordanus nicht da, und die Confrontation der Mädchen mit den übrigen Patres und den sonstigen Bewohnern des Klosters hatte keinen andern Erfolg, als daß der Gesuchte unter demselben nicht erkannt wurde. Pater Jordanus hatte am Tage vorher, wie man im Kloster mit unschuldiger Miene versicherte, eine kleine Reise angetreten, von der er jedoch binnen wenigen Tagen zurückkehren werde. Die vorgefundenen Patres und sonstigen Klosterbrüder sollten aber mit einer Art von Siegesgewißheit an den Kindern die Revue passirt haben. Die Sache war so klar als möglich. Die 5 Mädchen konnten die Geschichte nicht erfunden haben, alle übrigen Bewohner des Klosters waren nicht als die Thäter anerkannt worden; es mußte also der abgereiste Pater Jordanus der Thäter sein, um so mehr, als dieser von allen Patres der Einzige sein soll, der eine Brille trägt, und die Kinder auch von der fehlenden Brille bei den vorgefundenen „weißen Männern“ gesprochen haben sollen.

Die Geschichte, soweit sie hier erzählt ist, war wie ein Lausfeuer durch die Stadt gegangen, ein Jeder erwartete, daß Alles geschehen werde, um des bloß auf einige Tage verreisten Paters habhaft zu werden. „Wo bleibt der Steckbrief?“ hieß es mit fetter Schrift in dem heutigen Anzeiger, und die heutige „Düsseldorfer Zeitung“ brachte auch gleichzeitig mit der Anfrage die amtliche Bekanntmachung; allein Pater Jordanus ist auf und davon, er ist inzwischen wieder hier gewesen und vorgestern, den 9. d., Abends ganz ungenirt von hier nach Holland abgereist, wo er sich schon irgendwo in Sicherheit befinden wird.

Der Steckbrief lautet: Der Pater des hiesigen Dominikaner-Klosters, Jordanus Cuchem, aus Moresbuden, Kreis Rheinbach, hat sich der gegen ihn wegen Verübung unzüchtiger Handlungen mit Kindern eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht entzogen. Es wird ersucht, denselben im Betretungsfalle verhaften und mir vorführen zu lassen.

Düsseldorf, 11. August 1869. Der Ober-Procurator, Bierhaus, Signalement: Alter: Zwischen 30 und 40 Jahren; Größe: etwa 5 Fuß 7 Zoll; Statur: schlant; Gesichtsfarbe: gelblich; Gesicht: länglich, mit spitze hervorstehender Nase und Rinn und tief liegendem Munde; Haare: schwarz mit großer Tonur; Bart: schwarz und stark, aber glatt rasirt. Bei seiner Flucht war der Jordanus Cuchem bekleidet mit dem Ordenshabit der Dominikaner, bestehend in weissem, langem Leibrock, weissem Scapulier, schwarzem Mantel, weißen Strümpfen, Schuhen und schwarzem, rundem, breitkrempigen Hut. Derselbe trägt gewöhnlich eine Stahlbrille.

Die Empörung über die That und das Entweichen des Thäters ist allgemein, selbst unter den guten Katholiken.

Düsseldorf, 12. Aug. [Der Herr Regierungs-Präsident v. Kühlwetter] hat einen mehrwöchentlichen Urlaub angetreten. (D. Z.)

Aus Lippe-Deimold, 10. Aug. [Ende des Steuerconflicts.] Der Fürst ist in dem Conflcte mit der Majorität des Landtags dem Beispiele des Königs Max von Baiern gefolgt, welcher einst bei Gelegenheit eines ähnlichen Streites mit der Landesvertretung die denkwürdigen Worte sprach: „Ich will mit meinem Volke Frieden haben.“

Nr. 16 der Gesefsammlung für das Fürstenthum Lippe“ enthält eine Verordnung, nach welcher 1) die Zahl der Grundsteuer-Simpeln, welche nach der Verordnung vom 17. Februar d. J. zur Hebung kommen sollten, auf fünf ermäßigt wird, und 2) die Hebung der für den Monat September d. J. ausgeschriebenen Simpel nicht stattfinden soll. — Damit wäre denn vorläufig der Steuerconflct ad acta gelegt und wollen wir hoffen, daß unser künftiges Verfassungsleben in friedliche Bahnen einkenken wird, was bei der ohnehin schwierigen Lage unseres Landes diesem höchst ersprießlich sein dürfte.

Die oben angezogene Nummer der „Gesefsammlung für das Fürstenthum Lippe“ enthält noch folgende landesherrliche Verordnung:

„Auf den Antrag getreuer Stände verordnen Wir hierdurch: § 1. Die Stellungen des Landtags sind öffentlich; die entgegenstehende Bestimmung im § 33 der Verfassungs-Urkunde vom 6. Juli 1836 wird aufgehoben. § 2. Die Ausschließung der Öffentlichkeit findet auf den Antrag des Regierungs-Commissarius oder dreier Mitglieder des Landtags statt. Nach Stellung eines solchen Antrags hat der Landtag zunächst in geheimer Sitzung über den Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen. Gegeben Deimold, den 4. August 1869. Leopold, Fürst zur Lippe. geg. Feldmann.“ (Westf. Z.)

Frankfurt a. M., 12. Aug. [Gegen Deserteure.] Vorgestern wurde die Anklage gegen 25 junge Frankfurter (20 von hier und 5 aus den ehemals Frankfurter Ortsgemeinden) wegen Vergehens gegen den § 110 des Strafgesetzbuches (welcher diejenigen bedroht, die ohne Erlaubniß die königl. Länder verlassen und sich dem Eintritt in das Heer zu entziehen versuchen) verhandelt.

Die Vorladung war am Gerichtspretendat und im Amtsblatt ordnungsgemäß erfolgt. Von den vorgeladenen hat sich bloß einer gestellt; für 6 andere erschienen Vertreter, welche erklärten, daß die Abwesenden gefonnen seien, die Entlassung aus dem preussischen Staatsverband nachzusuchen, die übrigen 18 ließen nichts von sich vernehmen. Es ist zu bemerken, daß alle schon vor der Einverleibung ausgewandert waren, und zwar mit polizeilichen Pässen. Herr Ober-Staatsanwalt Schmieder beantragte für den Erschienenen Freisprechung, für die vertretenen Sechs Einstellung der Untersuchung, für die übrigen das Minimum der Strafe, nämlich 50 Thlr. Das Gericht adoptirte diesen Strafantrag, theils weil die Pässe längst abgelaufen sind, theils weil die Abwesenden auch unter der früheren Frankfurter Gesetzgebung strafbar gewesen wären.

Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen auch mittheilen, daß die Rede davon ist, die Regierung werde Maßregeln nehmen gegen solche Frankfurter junge Leute, die sich vor dem 17. Jahre, und theilweise schon im Knabenalter, das Bürgerrecht in der Schweiz erworben und doch hier bleiben, aber sich dadurch dem Militärdienst entziehen. (N. Pr. Z.)

Darmstadt, 10. Aug. [Der Proceß gegen Mez.] Dem „Rh. Courier“ schreibt man: Vor den hiesigen Gerichten wickelt sich eben ein Proceß ab, der sich den schmutzigen Vorgängen, die sich in der Abt'schen Periode zu Wiesbaden abspielten, ebenbürtig an die Seite stellen kann.

Vor 2 1/2 Jahren ließ ein hiesiger Buchhalter, Namens Fendt, ein Flugblatt gegen den Abgeordneten Mez erscheinen, dessen Ehre darin ganz nach Abt'scher Manier angegriffen war. Obgleich damals Mez sogleich Klage erhob, wurde der Proceß dennoch bis jetzt verschleppt, damit der Verklagte Zeit habe, Alles herbeizuschleppen, was nur Ehrenrühriges gegen Mez aufzutreiben war. In der nun stattgehabten Verhandlung sind alle angestrengten Zeugenbeweise elend zu Boden gefallen; die gemeinste Seite des Proceßes war der Versuch, Mez nachzuweisen, daß er vor vielen Jahren ein intimes Verhältniß mit einer verheiratheten Frau gehabt. Obgleich nun die Verurtheilung Fendts außer aller Frage steht, obgleich die öffentliche Meinung hier notorisch für den so maßlos Angegriffenen Partei ergriffen hat, scheuen sich viele Blätter in ihrem fanatischen Haffe nicht, das Resultat des Proceßes so darzustellen, als ob es zum Nachtheil von Mez ausgefallen wäre. Wer sich des Näheren für die Sache interessiert, lese den im Buchhandel erscheinenden stenographischen Bericht.

München, 13. August. [Die Bundesliquidations-Commission.] Die officiöse Correspondenz Hoffmann meldet: In der gestrigen Sitzung der Bundesliquidations-Commission wurden über die Vertheilung des einen Theiles des in Landau überfällig gewordenen gemeinsamen Materials die Commissionsmitglieder Oberlieutenant v. Fries und Major Krueger als Referenten bestellt; bezüglich des anderen Theiles wurde beschlossen, die bairische Regierung um bestmögliche Veräußerung desselben zu ersuchen und den Erlös nach der Matrikel den einzelnen Miteigenthümern gutzuschreiben.

Wien, 13. August. [Dementi.] In der „Neuen freien Presse“ wird das Gerücht, es stehe eine Aenderung in der Besetzung des österreichischen Gesandtschaftspostens in Berlin bevor, als unbegründet bezeichnet.

Prag, 12. August. [Der Clerus und die Schulen.] Der Prager Erzbischof und die böhmischen Bischöfe erließen anlässlich der Activirung der neuen Schulaufsichtsbehörden eine Instruction für den böhmischen Clerus, in welcher dieselben erklären, daß sie es für ihre Pflicht erachten, dem Papste ihre gemeinsamen Ansichten über die Tragweite der neuen Schulgesetze und über die lautgewordenen Bedenken

